

Berliner Krankenhausgesellschaft e.V. | Hallerstraße 6 | 10587 Berlin

An die Wahlkämpfenden für den Deutschen Bundestag

Berliner Krankenhausgesellschaft e.V.
Hallerstraße 6, 10587 Berlin
Tel. 030 / 330 996 - 0
Fax 030 / 330 996 - 66
mail@bkgev.de
www.bkgev.de

Wahlprüfsteine der Berliner Krankenhäuser zur Bundestagswahl

Dringende Nachbesserungen am KHVVG und Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der Krankenhäuser

Berlin, den 16. Januar 2025

Sehr geehrte.....,

die mit den Stimmen Ihrer Partei in bisheriger Regierungsverantwortung verabschiedete Krankenhausreform bringt den Berliner Krankenhäusern mit Inkrafttreten im neuen Jahr 2025 keine Entlastung. Im Gegenteil: Sie schafft neue, erhebliche Herausforderungen, bewirkt weder Planungssicherheit noch wirtschaftliche Stabilität und verweigert Antworten auf die drängenden Probleme der Häuser. Ohne ein Eingreifen Ihrer Partei in einer künftigen Regierungsverantwortung ist zu befürchten, dass notwendige Krankenhäuser den Transformationsprozess hin zu einer zukunftssicheren Krankenhauslandschaft nicht überstehen. Eine geplante, auf den Bedarfen der Bevölkerung basierende Krankenhausversorgung wäre somit nicht gesichert. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Patientenversorgung auch in Ihrem Wahlkreis sicherzustellen und das Gelingen der allseits unterstützten Reform zu ermöglichen. Wir brauchen jetzt den politischen Willen zu einem klugen Strukturwandel im Sinne der Bevölkerung.

Ihre Entscheidungen sind Arbeitsgrundlage für eine gute Daseinsvorsorge in Berlin für das nächste Jahrzehnt. Wir bitten Sie eindringlich, sich für notwendige Nachbesserungen zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der Krankenhäuser und der adäquaten Versorgung der Patientinnen und Patienten einzusetzen. Unsere dringendsten Forderungen sind im Einzelnen:

- **Defizitkrise der Krankenhäuser auch in Berlin beheben:** Für das Jahr 2024 gehen laut einer Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts 79 Prozent der Krankenhäuser von einem negativen Jahresergebnis aus. Diese dramatische wirtschaftliche Lage betrifft auch die Krankenhäuser in Berlin. Klare Lösungen für die wirtschaftliche Sicherungen der Krankenhäuser sind im KHVVG nicht vorgesehen. Die aktuellen Regelungen bilden die massiven Kostensteigerungen nicht angemessen ab. Mit höchster Priorität ist daher eine kurzfristig wirksame Brückenfinanzierung zur wirtschaftlichen Sicherung bedarfsnotwendiger Krankenhäuser auf den Weg zu bringen. Weil die Preise der Krankenhäuser nicht angepasst wurden, ist in Berlin ab 2024 eine jährliche Finanzierungslücke von etwa 160 Millionen Euro entstanden. Diese Summe bezieht sich auf die durchschnittliche Betriebskostenlücke aller Krankenhäuser in Berlin, egal ob sie öffentlich, gemeinnützig oder privat sind. Nach drei Jahren

beträgt das Defizit fast eine halbe Milliarde Euro. Ohne einen zusätzlichen und strukturellen finanziellen Ausgleich müssen Kliniken die Patientenversorgung einschränken, Personal abbauen oder Insolvenz anmelden. Eine neue Bundesregierung ist angehalten, die ihr gesetzlich obliegende Pflicht zur wirtschaftlichen Sicherung der in den Krankenhausplänen ausgewiesenen Krankenhäuser ohne weitere Verzögerung nachzukommen. Eine auskömmliche und faire Finanzierung der Krankenhäuser ist grundlegend für die Daseinsvorsorge im Gesundheitsbereich.

- **Geplante, weiterhin von Fallzahlen abhängige Vorhaltevergütung aussetzen:** Die im KHVVG vorgesehene Vorhaltefinanzierung ist unverzüglich auszusetzen und auf Basis von Auswirkungsanalysen neu zu bewerten. Ab sofort sollten keine weiteren Ressourcen mehr in die neue Finanzierungssystematik investiert werden. Die aktuelle Vorhaltefinanzierung erreicht keines ihrer Ziele, sondern löst im Gegenteil einen wesentlichen Komplexitäts- und Bürokratisierungsschub aus. Als Übergangslösung bis zu einer Reform der Krankenhausfinanzierung können die bestehenden Instrumente für eine „echte“ fallzahlunabhängige Strukturkostenfinanzierung genutzt und ausgebaut werden. Dies sind insbesondere der Notfallstufenzuschlag, der Sicherstellungszuschlag, der Zentrumszuschlag und die Methodik der Mehr- und Mindererlösausgleiche.
- **Bürokratieaufwuchs stoppen für mehr Zeit für Patientinnen und Patienten:** Alle Dokumentations- und Nachweisverpflichtungen, die den Krankenhäusern in den vergangenen Jahren ohne jeglichen Mehrwert auferlegt wurden, müssen konsequent abgeschafft werden. Als erstes sollten sämtliche höchst bürokratischen Maßnahmen aus der vorangegangenen Gesetzgebung zurückgenommen werden. Sowohl Ärztinnen und Ärzte als auch Pflegekräfte verbringen täglich durchschnittlich drei Stunden mit Dokumentationsarbeiten, die häufig keinen Nutzen für die Behandlung der Patientinnen und Patienten haben. Reduzierte sich diese bürokratische Arbeit um nur eine Stunde pro Tag, würde dies rechnerisch rund 21.600 Vollkräfte im ärztlichen und etwa 47.000 Vollkräfte im Pflegedienst freisetzen!
- **Überlastete Notaufnahmen retten durch Notfallreform:** Zur Entlastung der überfüllten Notaufnahmen und einer besseren Patientensteuerung brauchen wir integrierte Notfallzentren. Patientinnen und Patienten müssen medizinisch angemessen gesteuert und in die für sie am besten geeigneten Behandlungsschienen geleitet werden. Wir brauchen Integrierte Notfallzentren und vorgelagerte ambulante Versorgungsangebote.

Wir beobachten auch in Berlin, dass die Probleme der Krankenhäuser in der Bevölkerung angekommen sind. Für die Menschen steht die Zukunft ihrer Versorgung auf dem Spiel. Daher fordern wir Sie auf: Setzen Sie sich ein für die Krankenhäuser in Berlin und eine Gestaltungsperspektive, die gute Versorgung sichert.

Freundliche Grüße



Marc Schreiner